69. Jahrgang. № 113 Sonntag, 8. März 1925

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Lobeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 1. bis 15.3. 25 bei täglich zweimaler Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark Postbezugspreis für Monat März 3 G.-M. Einzelnummer 15 G.-Pfg. | Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die 1spalt. 30 mm br. Zeile 30 ₰, l. ausw. 35 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche ohne Rabatt 10 ₰, außerh. 20 ₰, die 90 mm br. Reklamezeile 150 ₰, außerh. 200 ₰. Offertengebühr 10 ₰. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Sporthotel Altes Amtshaus und Amtshof Altenberg im Erzgebirge
Garage für 8 Autos. Beliebte und bevorzugte Einkehrstelle für Automobilisten. Garage für 8 Autos.
Altren. Touristen- u. Sporthotel. Behagl. Aufenthalt für Erholungsbedürftige. Wald dicht am Hotel. — Jeden Sonnabend von 7 Uhr ab Reunion. Erstklassige Verpflegung und komfort., besteingerichtete Fremdenzimmer. Telephon Amt Lauenstein 9. Besitzer: W. HECKER.

Blüthner-Flügel -Pianos
Prager Straße 12 Fernruf 16378

Konfirmationsgeschenke
Uhren und Schmuck
Emil Kern, Uhrmachermeister
Friesengasse 1, an der Moritzstraße

Die erste Besprechung in Paris.

Starker Gegensatz Herriot-Chamberlain. — Abänderungspläne Herriots zum deutschen Vorschlag

Kammerauflösung in Belgien. — Geringe Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks. — Dr. Simons Stellvertreter des Reichspräsidenten?

Herriot über den französischen Standpunkt.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Paris, 7. März. Die erste Aussprache zwischen Herriot und Chamberlain hat bereits gestern abend im Anschluß an das intime Essen in der englischen Botschaft, das sich bis nach 11 Uhr hinzog, stattgefunden. Wenngleich von dem Pariser Aufenthalt Chamberlains keine bindenden Vereinbarungen erwartet werden, ist man sich doch über seine Tragweite im klaren.

Paris, 7. März. Ueber die erste Unterredung berichtet der „Petit Parisien": Die Herzlichkeit, die schon die Zusammenkunft der beiden Staatsmänner im Dezember vorigen Jahres gekennzeichnet habe, habe auch gestern wieder festgestellt werden können. **Herriot habe den französischen Standpunkt zu den verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden Fragen entwickelt, der bekanntlich noch weit davon entfernt sei, sich mit der britischen Meinung zu decken.** — „Echo de Paris" will festgestellt haben, daß Herriot, mit einem Exemplar des Versailler Vertrages bewaffnet, nach der englischen Botschaft gegangen sei. Nach der einen Information kann man nur eins als Wahrscheinlichkeit bezeichnen: **Herriot lehnt das deutsche Sicherheitsangebot im ganzen nicht ab. Er rechnet aber auf die Wirkung eines der Amendementsvorschläge und seines Vorgehens in Genf.**

In einem Artikel über die politische Lage erklärt der „Matin", was die Diskussion über die Sicherheitsfrage anbetreffe, so hätte man vor einigen Tagen annehmen können, daß sie aus dem Stadium der Vorprüfung herausgetreten sei. Das sei nicht der Fall. Auf alle Fälle sei es **vollkommen unwahrscheinlich, daß Chamberlain und Herriot die schwebenden Fragen im Laufe des heutigen Tages lösen können, zumal der englische Staatssekretär sich außerordentlich zurückhaltend zeige.**

Drummonds Völkerbundsmission in Berlin.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten".)

Genf, 7. März. Zur Völkerbundsratssitzung sind bis gestern abend 22 Delegierte in Genf eingetroffen. Auch die fünf englischen Delegierten weilen bereits in Genf, während Chamberlain noch erwartet wird. Am Montag wird auch der Generalsekretär Sir Drummond aus Berlin in Genf zurückerwartet. **Man hört allgemein Erörterungen über einen indirekten Schritt des Rates bei Deutschland über den Aufnahmeantrag an den Völkerbund.** Die Tagung soll 14 Tage dauern. Für diese Zeit haben die fremden Delegationen ihre Hotelräume gemietet.

Zu Sir Drumonds Reise nach Berlin läßt sich der „Matin" aus Genf melden: Sir Drumond, der Sekretär des Völkerbundes, hatte für seine Berliner Reise eine besondere Mission übernommen. **Wenn Deutschland doch noch bewogen werden könne, dem Völkerbund beizutreten, so würden auch die Entschlüsse der Alliierten über die neuen Maßnahmen gegen die deutsche Entwaffnung ganz anders lauten, als jetzt ziemlich feststehe. (!)** Sir Drumond wird auch über Danzig reisen, um den Konflikt mit Polen einer informatorischen Aufklärung entgegenzuführen.

Deutschland besteht auf seinen Vorbehalten.

Berlin, 7. März. In der in- und ausländischen Presse wird zurzeit die Frage des Sicherheitspaktes zum Teil sehr erregt erörtert. Eigentliche Vorschläge hat die deutsche Regierung nicht gemacht. Sie hat nur Aufzeichnungen der Wege gegeben, die nach ihrer Ansicht dahin führen können, Frankreich von dem Eindruck eines eventuellen deutschen Angriffes zu befreien, so daß für Frankreich kein weiterer Grund vorliege, auf der weiteren Besetzung des Rheinlandes zu bestehen. Diese Mitteilungen sind deutscherseits **nicht nur der englischen Regierung, sondern auch der französischen und der belgischen Regierung** gemacht worden, so daß der Vorwurf, Deutschland habe unfair gehandelt und versuche von hinten herum einen Druck auszuüben, hinfällig ist. Was die Frage der Stellung Deutschlands zum Völkerbunde betrifft, die ja mit der Frage des Sicherheitspaktes in Zusammenhang gebracht wird,

so muß Deutschland auf seinen Vorbehalt bestehen.

Das entwaffnete Deutschland kann keine Verpflichtungen in bezug auf vom Völkerbund etwa zu beschließende militärische Operationen übernehmen. Die Schweiz ist ja auch von diesen Verpflichtungen freigelassen worden. Allerdings wird gesagt, daß die Schweiz sich wenigstens bereit erklärt habe, sich an einem vom Völkerbund etwa zu dekretierenden wirtschaftlichen Boykott zu beteiligen. Auch das können wir nicht. Ein Land von der Größe wie Deutschland und seiner industriellen Entwicklung kann derartige Verpflichtungen nicht übernehmen. Die Angelegenheit steht übrigens jetzt im Völkerbundsrate zur Verhandlung.

Plötzliche Erkrankung Lord Curzons.

London, 7. März. Wie verlautet, hat Lord Curzon einen schweren Blutsturz erlitten. Sein Zustand ist nicht beunruhigend, aber eine Operation wird möglicherweise erforderlich sein. (W. T. B.)

Der preußische Zwischenakt.

Severings Glück und Ende.

Ueber Severing hat der deutschnationale ehemalige Landrat v. Hertzberg in der „Deutschen Zeitung" geäußert: „Er ist ein ganzer Kerl, der mit seiner großen Willenskraft, an richtiger Stelle eingesetzt, die seiner Vorbildung entspricht, Gutes für das deutsche Volk und für Preußen leisten könnte. So, wie er aber einmal ist, kann er aus seiner sozialdemokratischen Haut nicht heraus, und deshalb muß er fort." Einem solchen Gegner wäre ein guter Abgang von der politischen Schaubühne wohl zu wünschen gewesen. Severing hat sich diese Möglichkeit aber selbst verscherzt, indem er der Meldung des „Vorwärts" über seinen Verzicht ein lahmes Dementi entgegensetzte, worin er zwar seinen erschütterten Gesundheitszustand zugab, aber von der Ablehnung einer Wiederwahl zum preußischen Innenminister nichts wissen wollte. Er suchte sich also ein Mauseloch offenzuhalten, durch das er gegebenenfalls doch noch hindurchschlüpfen könnte, um den Ministersessel wieder einzunehmen. Ein solches Verhalten ist nicht schön und stört das Charakterbild, das man sich bisher von diesem sozialdemokratischen Politiker gemacht hat. Es erscheint schwer begreiflich, wie ein Mann von den unleugbaren Fähigkeiten und der Willensenergie Severings so wenig Selbstkritik besitzen kann, um sich darüber zu täuschen, daß er unter den obwaltenden Verhältnissen ein für allemal erledigt ist und deshalb die Gelegenheit zu einem passablen Abgang versäumt, wenn er jetzt noch Miene macht, sich an endgültig Verlorenes anzuklammern. Severings Stunde hatte unweigerlich bereits geschlagen, als die Dezemberwahlen den Ruck nach rechts im Reiche und in Preußen brachten und die Deutsche Volkspartei sich förmlich von der großen Koalition lossagte, um Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen das große Ringen um die Bereinigung der politischen Lage in Preußen zu führen.

Mit der persönlichen Kaltstellung Severings ist es aber allein nicht getan, sondern es handelt sich um sein System, gegen das der Kampf weitergeführt werden muß. Es gilt da die Durchfechtung bis zum bitteren Ende, und aus dieser Einsicht heraus haben die Rechtsparteien sich entschlossen, weder einem Kabinett der Weimarer Koalition, noch einem solchen der kleinsten Koalition aus Zentrum und Demokraten mit Unterstützung der Sozialdemokraten ihre Zustimmung zu geben. Soweit die innerpreußische Politik in Betracht kommt, bestand das Severingsche System in der parteipolitischen Zersetzung des Beamtentums und der Polizei, sowie in der Verfolgung und Bespitzelung der vaterländischen Bewegung, insbesondere in ihren Jugendverbänden. Damit begnügte sich aber Severings Ehrgeiz nicht. Sein höheres Ziel war, die preußische Machtstellung der Sozialdemokratie bis aufs äußerste zu behaupten, um von der preußischen Position aus der Reichspolitik in die Flanke zu fallen und auch im Reiche den Einfluß der Linken wieder zur Herrschaft zu bringen. Was König Friedrich Wilhelm IV. von der Autorität sagte, „er wolle sie stabilisieren wie einen rocher de bronze, wie einen Felsen von Erz", das erstrebte Severing für den vom Zentrum und der Demokratie flankierten Sozialismus. Gewiß ein Plan, dem die Großzügigkeit nicht fehlte! Wieweit diese Absicht schon gediehen war, darüber bringt die „Köln. Zeitung" im rechten Augenblick eine sehr interessante, man möchte sagen, sensationelle Enthüllung. Das volksparteiliche Organ erklärt nämlich, daß die Linke, als sie noch im Vollbesitze der Macht war, über das Ziel, eine möglichst weitgehende Uebereinstimmung zwischen der politischen Führung im Reiche und in Preußen zu schaffen, nicht nur Gedanken ausgetauscht, sondern sogar Entwürfe ausgearbeitet habe, deren bedeutsamster den Vorschlag enthielt, in Preußen keine besonderen Landtagswahlen mehr zu veranstalten, sondern das dortige Landesparlament aus den in Preußen gewählten Reichstagsabgeordneten zu bilden, sowie außerdem verschiedene preußische Ministerien mit denen im Reiche zusammenzulegen. Als dann die Wahlen den großen Ruck nach rechts brachten, verschwanden die Entwürfe in der Versenkung. Man muß aber dem kölnischen Blatte recht geben, wenn es dazu bemerkt, was an derartigen Bestrebungen notwendig und nützlich sei, das müsse heute und weiterhin von den maßgebenden Parteien und den verantwortlichen Staatsmännern aufgegriffen und verwirklicht werden.

Dr. Simons stellvertretender Reichspräsident.

Eine Einigung der großen Parteien.

Berlin, 7. März. Wie das Nachrichtenbureau des Vereins deutscher Zeitungsverleger aus parlamentarischen Kreisen hört, haben sich die großen Parteien des Reichstages dahin geeinigt, daß durch Gesetz der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons zum stellvertretenden Reichspräsidenten ernannt werden soll.

Entscheidung in Preußen erst nach Klärung der Kandidatenfrage im Reiche.

Berlin, 7. März. Im preußischen Landtag sind in den letzten Tagen die Verhandlungen über die Regierungsbildung fortgesetzt worden. Dr. Marx hat mit den Deutschnationalen und, wie bereits berichtet, auch mit Vertretern der Deutschen Volkspartei verhandelt, wobei ihm nochmals bestätigt wurde, **daß die Deutsche Volkspartei unter keinen Umständen ein Kabinett der Weimarer Koalition anerkennen werde, auch wenn man Severing durch einen anderen Abgeordneten ersetzen sollte.** Nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen bliebe eigentlich nur noch die Möglichkeit offen, ein überparteiliches Beamtenkabinett zu bilden. In volksparteilichen Kreisen glaubt man, die Verhandlungen, die Marx mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei geführt hat, als gescheitert ansehen zu müssen. Trotzdem wird von seiten der Linken angekündigt, daß am nächsten Dienstag **Marx wieder als Kandidat des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten für die Wahl des Ministerpräsidentenpostens auftreten werde. Es** kann sich aber bei allen nach dieser Richtung hin gefaßten Beschlüssen nur um eine vorläufige Entscheidung handeln. **Wie sich die Dinge weiter in Preußen entwickeln werden, hängt vollkommen von der Frage ab, wie sich die Aufstellung der Kandidaten für die Wahl des Reichspräsidenten vollziehen wird.** Im Hinblick darauf ist auch die Vornahme der Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten am Dienstag noch eine offene Frage, über die der Aeltestenrat des preußischen Landtags am Dienstag vormittag nochmals Beschluß fassen wird.

Die Wahlvorbereitungen der Rechten.

Berlin, 7. März. Die Vorbereitungen der Deutschnationalen Volkspartei zur Reichspräsidentenwahl sind im vollen Gange. Am Sonnabend, dem 14. März, tritt der Parteivorstand in München zusammen. Bisher konnten die Besprechungen zwischen den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, Wirtschaftspartei und der Bayrischen Volkspartei sowie den übrigen staatsbürgerlichen Kreisen über das erste Stadium noch nicht hinausgebracht werden.

Das Präsidium der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands nimmt in einer Erklärung **Stellung zum Tode Friedrich Eberts. Es wendet sich gegen eine Verdunkelung des Tatbestandes und eine neue Legendenbildung für unser schon so oft irregeführtes Volk.** Die Erklärung fährt dann fort:

Nach den in sechs langen Jahren gemachten Erfahrungen kann als Nachfolger im Amte des Reichspräsidenten nur eine in überparteilicher öffentlicher Arbeit bewährte, hochgerichtete und zweifelsfrei vaterländisch gesinnte Persönlichkeit in Frage kommen, die energisch gegen die sich überall breitmachende Korruption vorgeht, wie sie der Parteimißwirtschaft, der Verhetzung der Deutschen untereinander, dem Klassenkampf und dem bewußt oder unbewußt betriebenen Landesverrat steuert. Sobald eine solche Persönlichkeit durch die in Betracht kommenden Stellen namhaft gemacht wird, muß es im Interesse eines erfolgreichen Wahlausganges selbstverständliche Pflicht

SLUB
Wir führen Wissen.